# Partei- und Gruppenforschung = Recherches sur les partis et groupes

Autor(en): **Gruner, Erich / Gilg, Peter / Klöti, Ulrich**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft**

Band (Jahr): **15 (1975)**

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-171976

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# PARTEI- UND GRUPPENFORSCHUNG

# RECHERCHES SUR LES PARTIS ET GROUPES

Berichterstatter / Rapporteurs:
*Erich Gruner, Peter Gilg, Ulrich Klöti, Paolo Urio*

## I. Allgemeines zur schweizerischen Partei- und Gruppenforschung

Verglichen mit dem ausländischen Forschungsstand erscheint der schweizerische auf dem Gebiet der Partei- und Gruppenforschung als rückständig. Von den vielen Gründen, die dafür namhaft gemacht werden können, nennen wir nur den einen, dass ein auf Stabilität eingestellter Kleinstaat geringes Verlangen nach einer Durchleuchtung seiner inneren Verhältnisse hat. *Richard Reich* hat diesen Tatbestand in einem einzigen knappen Satz unübertrefflich festgehalten: „Eine Öffentlichkeit, die sozusagen aus politischen Sachverständigen besteht, findet sich nicht ohne weiteres bereit, für die wissenschaftliche Durchleuchtung jenes politischen Raumes Mittel bereit zu stellen, die nach ihrem Empfinden auch ohne Hilfe der Wissenschaft transparent genug ist". [1] So haben wir uns in der Schweiz vielfach noch mit der blossen systematischen Verarbeitung des noch weitgehend unerschlossenen Materials zu befassen. Das legt uns eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Theorien auf, die darauf abzielen, den formalisierten oder mathematisierten Pegelstand der Wirtschaftswissenschaften zu erreichen. Ob freilich mit der Erfüllung des Traums einer theoretisch maximal „harten" Wissenschaft das letzte Wort über den Wert sozialwissenschaftlicher Forschung ausgesprochen ist, dürfte selbst nicht wissenschaftlich auszumachen sein. So wäre etwa zu fragen, ob die politischen Praktiker den Resultaten der Politischen Wissenschaft um so zugänglicher seien, je „härter" die diesbezüglichen Theorien seien, und ob das jeweilen gegebene politische System dann auch wirklich dementsprechend besser funktioniere.

Wie dem auch immer sei: Wir haben uns damit abzufinden, dass sich die *Parteiforschung* in der Schweiz, vom Standort eines bestimmten *Theorieverständnisses* aus, in mancher Beziehung noch auf der „Neandertalstufe" befindet. Sie ist vielfach noch historisch-deskriptiven Forschungsansätzen verpflichtet, wie sie die

1 *Geschichte und Politische Wissenschaft, Festschrift für Erich Gruner zum 60. Geburtstag,* herausgegeben von Beat Junker, Peter Gilg und Richard Reich, Bern 1975, S. 7.

traditionelle Institutionenlehre entwickelt hat. Oder sie huldigt „anatomisch" orientierten Klassifizierungsintentionen in Anschluss an Duverger. Meist herrscht zusätzlich ein normatives Erkenntnisinteresse vor, das sich nach dem bestmöglichen Funktionieren der Institutionen und dem sinnbezogenen Handeln der Träger der politischen Willensbildung erkundigt. Nur selten wird die rein strukturell-funktionale Analyse verwendet, welche Politik oder Partei als Subsystem eines umfassenden gesellschaftlichen Systems begreift, mithin dem „System-Umweltansatz" folgt. *Arbeitstechnisch* überwiegt die historisch orientierte Quellenforschung vor der empirischen Sozialforschung mit ihren Techniken der Soziographie oder der „Computersimulation". Dagegen unterscheidet sich die schweizerische Parteiforschung in den *Themen* nicht wesentlich von derjenigen anderer Länder. Aber sie betreibt z. B. die Programmgeschichte noch vorwiegend ideengeschichtlich. Sie misst Doktrinen nicht im Sinne eines Wertesystems innerhalb eines gegebenen Kommunikationssystems oder der Theorie der politischen Kultur, indem sie z. B. Einstellungen mit exakten Methoden misst. Ihre Eliteforschung ist vorwiegend positionell ausgerichtet. Sie zweifelt etwas an der Ergiebigkeit der bei Parteiführern veranstalteten Motivforschung. Sie untersucht zwar die Abhängigkeit des schweizerischen Parteisystems von institutionell-strukturellen oder soziokulturellen Bedingungen, schreckt jedoch dafür zurück, die historische Entwicklung des Systems nach einem allzu groben theoretischen Raster des „sozialen Wandels" zu erklären, in welchem die wirklich bezeichnenden schweizerischen Eigenheiten überhaupt nicht zur Geltung kommen können. Daraus folgen gewisse Schwierigkeiten, die Ergebnisse der schweizerischen Partei- und Wahlforschung international komparativ derart zu verwerten, dass man nicht gezwungen ist, allzu viele Leerformeln einzusetzen.

## II. Historische Parteiforschung unter politologischem und soziologischem Aspekt

*Paul Ehinger* erklärt die Entstehung kantonaler Parteien am Beispiel der liberalen, heute freisinnigen Partei St. Gallens als Begleiterscheinung der Verfassungskämpfe, die von der frühliberalen, elitären zur Massen-Demokratie hinüberführten. [2] Der Anspruch, gleichzeitig auch den Übergang zur Industriegesellschaft zu illustrieren, wird nur teilweise erfüllt, da dieser nur am Indikator steigender Bevölkerungsmobilität gemessen wird, (Verhältnis von Alteingesessenen und Niedergelassenen, zunehmende Mischung von Konfessionen) nicht aber am Industrialisierungsgrad, obschon hiezu Literatur vorhanden gewesen wäre. [3] Im

2 Paul Ehinger, *Die Anfänge des liberalen Parteiwesens im Kanton St. Gallen. Ein Beitrag zur Geschichte und Soziologie des organisierten Liberalismus in seinem Frühstadium (bis 1870)*, Diss. phil., Universität Zürich, 1970.

3 Hermann Wartmann, *Industrie und Handel des Kantons St. Gallen auf Ende 1866*, St. Gallen 1866; *Bericht über die Tätigkeit der Kaufmännischen Korporation des Kaufmännischen Direktoriums St. Gallen*, St. Gallen 1844–1863.

Mittelpunkt von Ehingers Dissertation stehen ideologische Entwicklung und soziologische Analysen, die vor allem den organisatorischen Typus der „frühliberalen Massenpartei" illustrieren, wie er von Gruner herausgearbeitet worden ist.[4]

Folgt man der Farbe der Parteien, stösst man in der historischen Entwicklung auf die in Entstehung begriffene Dissertation von *Alfred Gebert* über die *jungliberale Bewegung,*[5] einer in der Umgebung des schweizerischen Freisinns gewachsenen Erneuerungsbewegung der dreissiger Jahre des 20. Jahrhunderts. Sie scheint dem selben ideologiekritisch-soziologischen Forschungsansatz verpflichtet wie die Studie Ehingers. Der Autor möchte erklären, weshalb die 1928 entstandene Gruppe gegenüber der Mutterpartei gleichzeitig Abstand wahren und sie erneuern wollte. Die Absicht der Distanzierung sieht Gebert sowohl im organisatorischen wie im ideologischen Anliegen der Gruppe begründet. Gegenüber der als statisch apostrophierten Partei wollte man freie Bewegung sein. In Anlehnung an das von der Jugendbewegung übernommene bündische Prinzip (vgl. Duverger) betrachtete man den „Bund" als Modell-Zelle einer neuen, kameradschaftlich aufgebauten und darum klassenüberwindenden, aber gleichzeitig elitären, auf echter Autorität begründeten Demokratie. Die Distanz zur Mutter-Partei ist ausserdem im vorwiegend philosophischen Interesse der Jungliberalen begründet, das vom Tönnies'schen Gegensatzpaar Gemeinschaft-Gesellschaft bestimmt wurde. In diesem Tatbestand ist nun aber die Ursache für den faktischen Zwang zu suchen, sich trotzdem an die Mutterpartei anzulehnen, da die Jungen ihr ebenso reales Bedürfnis nach praktisch-politischem Engagement nur in diesem Rahmen befriedigen konnten.

Die in denselben Zeitraum fallende *Bauernheimatbewegung,* die *René Riesen* als Dissertationsthema[6] gewählt hat, kann als Gegenstück zur jungliberalen Bewegung eingeschätzt werden. Obschon in Übereinstimmung mit dem ebenso geläufigen Namen *„Jungbauernbewegung"* ebenfalls jugendlich firmiert, kann sie doch keineswegs als innerparteiliche Erneuerungsbewegung gelten. Denn die innere Opposition führte bald zur Sezession und schliesslich zur Gründung einer heute freilich wieder verschwundenen Partei. Dieser Tatbestand legte es dem Autor nahe, die historische Methode durch einen konflikttheoretischen Ansatz zu ergänzen (Simmel, Coser, Dahrendorf). Er suchte dabei vor allem die sozioökonomischen Determinanten für Ausbreitung und Zerfall der Partei zu bestimmen. Arbeitstechnisch musste sich Riesen vor allem auf qualitative Inhaltsanalyse und Interview stützen, da ihm der noch lebende „Führer" der Partei sein Archiv nicht öffnen wollte. Dabei bemühte sich Riesen vor allem darum, die

4 Erich Gruner, *Die Parteien in der Schweiz,* Bern 1969.

5 Alfred Gebert, Arbeitstitel der an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität vorbereiteten Dissertation: *Die Jungliberale Bewegung der Schweiz 1928–1934.*

6 René Riesen, *Die schweizerische Bauernheimatbewegung (Jungbauern), Die Entwicklung von den Anfängen bis 1947 unter der Führung von Dr. Hans Müller,* Bern 1972 (Helvetica Politica B. Vol. VII).

Bedeutung der am häufigsten verwendeten politischen Leitbilder aus der historischen Situation abzuleiten und sowohl ihren subjektiv gemeinten Sinn wie ihre objektive Aussagekraft zu entschlüsseln. Methodisch ging der Verfasser von 15 Hypothesen aus, die alle mehr oder weniger genau verifiziert oder falsifiziert werden konnten. Als gesichert kann dabei gelten, dass die Bewegung an ihren inneren Widersprüchen scheiterte. Sie schöpfte ihre Stosskraft aus einer antiindustriellen Bauernideologie und folgte organisatorisch dem Gefolgschafts- oder Führerprinzip. Trotzdem trat sie in den Krisenjahren – in Aktionsgemeinschaft mit der politischen Linken – für die damals noch abgelehnte Konjunkturpolitik des „deficit-spending" ein. Als aber diese Politik auch in der Schweiz durchdrang und der Graben „Arbeiter-Bauer" überwunden wurde, liess sich ihr Führer vom nationalsozialistischen Bild des „neuen Europa" faszinieren. Als Hitlers Stern sank, hatte die Bewegung als sektiererische, sich bloss auf bäuerlichen Anhang stützende Partei bei einem stark rückläufigen Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung keine echten Alternativen mehr anzubieten. Das immer noch hochgehaltene „Führerprinzip" erschwerte oder verhinderte die Schlichtung innerer Konflikte.

Mit den Konfliktsituationen des *Ersten Weltkrieges* befassen sich zwei Studien von *Hans Ulrich Jost.* Die eine, die den *Linksradikalismus* behandelt,[7] liegt als Dissertation vor. Die zweite, im Entwurf fertig gestellte Arbeit, analysiert die kurze Geschichte der sogenannten *„Altkommunisten"*, die 1918 einen grösseren Teil der im ersten Band behandelten Linksradikalen parteimässig sammelten.[8] Der Autor geht für die Interpretation seines Themas von zwei Ansätzen politologischer und soziologischer Art aus: erstens der Erscheinung der „Ungleichartigkeit zwischen politischer Kultur und politischem System" und einer Theorie, die das Sozialrebellentum aus „sozialer Devianz" ableitet. Das erste Theorem erklärt, weshalb die schweizerische Sozialdemokratie und insbesondere einige sich an ihrem Rande bewegende Linksradikale infolge fehlender Integration und gestörter Identifikation das sie ausschliessende politische System überforderten. Jost sieht die zentrale Rolle dieser Linksgruppen vor allem in ihrer psychologisch zu verstehenden Signalfunktion. Sie erhoben die durch den Weltkrieg kumulierten Konfliktstoffe zu Leitbildern ihrer Gruppenaktivität, ohne über eine entsprechende revolutionäre Potenz zu verfügen. Deshalb resultierte aus ihrer Ideologie, durch direkte Aktionen oder mittels Arbeiter- und Sodatenräten den Sozialismus zu verwirklichen, keineswegs eine Revolution, sondern „bloss" eine Radikalisierung der Politik der Strasse. Durch sie, d. h. durch Krawalle, sollte die politische Ohnmacht kompensiert werden. Immerhin heizte dieser Radikalismus das dem Landesstreik von 1918 förderliche soziale Treibhausklima noch zusätzlich an. Nach Jost haben deshalb solche bohèmeartigen, sozial devianten Gruppen in Krisensituationen die Neigung, ihre radikale Subkultur durch soziale

7 Hans-Ulrich Jost, *Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914–1918,* Bern 1973.
8 Derselbe, *Die Altkommunisten. Bolschewismus und libertärer Sozialismus in der Schweiz, 1919–1921* (Arbeitstitel).

Rebellion zum Ausdruck zu bringen. Ihre Aktivität kann deshalb als Gradmesser für die Virulenz sozialer Spannungen dienen. In der Fortsetzung seines Werkes kann Jost denn auch die Geschichte der Altkommunisten als Illustration dafür benützen, weshalb solche Linksradikale nur eine geringe und kurzfristige Bedeutung erlangen, auch wenn sie parteimässig organisiert sind. Ihr „anarchistischer, sozusagen rätedemokratischer Bolschewismus" ging in der 1921 gegründeten kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) bald unter und spielte nur als Verunsicherungsfaktor eine Rolle.

Als Fortsetzung von Josts Arbeiten ist die gross angelegte Untersuchung von *Peter Stettler* über die *Geschichte der KPS von 1921–1931* zu betrachten. [9] Der Bedeutung seiner Materialien entsprechend, stellt der Autor organisatorische und ideologische Fragen in den Mittelpunkt. Im ersten Fall prüft er anhand des von Duverger vorgeschlagenen theoretischen Rahmens über die Organisationsprinzipien der Parteien vor allem die Zellenbildung, die paramilitärischen Organisationen, die Rolle der Funktionäre, das Verhalten der KP zu den Gewerkschaften und fragt nach den Ursachen des geringen politischen Erfolges dieser Partei in der Schweiz. Für ihr Wirken im politischen System der Schweiz zieht er Lavaus Vorschlag heran, die Wirksamkeit der KP Frankreichs mit Hilfe von Eastons Systemtheorie zu erklären. Das Verhältnis des demokratischen Staates zu einer mit einer ausländischen Diktatur eng verbündeten Partei will er anhand staatsrechtlicher Kriterien über die Opportunität und Legitimität von Parteiverboten überprüfen. Das führt notwendigerweise zum Problem der Auslandverbindungen der KPS, insbesondere zu den europäischen Schwesterparteien und zur Komintern. Dieses Thema bildet die Brücke zur ideologischen Thematik, in welcher der Grad der Abhängigkeit der KPS von der doktrinären Entwicklung der KPSU untersucht wird.

*Rudolf Meier* bereitet eine Dissertation über den *schweizerischen Liberalismus* vor, den er vor allem im Spiegel der *freisinnigen* Programmatik und Politik der Gegenwart erfassen möchte. [10] Meier geht von der Frage aus, ob der schweizerische Liberalismus, gemessen an seiner einseitigen Orientierung an Wertvorstellungen des 19. Jahrhunderts, in der gesellschaftlich und wirtschaftlich grundlegend veränderten Situation von heute überhaupt noch anwendbar sei, und allenfalls unter welchen Voraussetzungen. Nach der Meinung des Autors erfüllt der Liberalismus nur noch dann eine unentbehrliche Funktion, wenn seine Träger ihn nicht mehr nach dem üblichen Schema rechts-links, konservativ-fortschrittlich beurteilen, sondern ihn innerhalb des gegenwärtigen politischen Spektrums der heutigen Schweiz neuartig abgrenzen. Meier möchte einige Hinweise geben, wie dies geschehen könnte. Er misst zu diesem Zweck die Einstellungsveränderungen der jüngsten Vergangenheit anhand des Bedeutungswandels einzelner programmatischer Schlüsselworte (Freiheit, Persönlichkeit, Erziehung, Rechtsstaat, Demokratie, Eigentum, Planung usw.) und fragt gleichzeitig, ob und wie sich allfällige

9 Peter Stettler, *Die kommunistische Partei der Schweiz* 1921–1931.

10 Rudolf Meier, *Der Liberalismus in der Schweiz, besonders in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg* (Arbeitstitel).

Neuinterpretationen in der politischen Praxis auswirken würden. Dabei will er Trägerschaft, Aktivität, Image und Effektivität der Partei in die Analyse mit einbeziehen. Schwierigkeiten ergeben sich daraus, dass die Äusserungen des „Parteivolkes" schwierig zu erfassen sind und eine breit angelegte Meinungsbefragung aus finanziellen Gründen ausser Betracht fällt.

Der Frage, inwieweit die institutionellen Voraussetzungen gegeben sind, um die Übertragung des innerparteilichen Willensbildungsprozess in die parlamentarische Tätigkeit einer *Fraktion* der Bundesversammlung zu gewährleisten, gehen *André Daguet* und *Peter Vollmer*[11] in einer Diplomarbeit am Beispiel der *Sozialdemokratie* nach. Sie haben zu diesem Zweck eine Pilot-Studie bei allen Fraktionsangehörigen durchgeführt, wobei die Antworten auf die grösstenteils offenen Fragen meist nur qualitativ ausgewertet werden konnten. Ihre Untersuchung zeitigt institutionelle Mängel in drei Problembereichen: Sie sprechen von einem Organisationsdefizit, von einem Qualifikationsdefizit und einem Planungsdefizit. Dabei kommt zum Ausdruck, dass die Zusammenarbeit und Koordination innerhalb der Fraktion, zwischen Fraktion und Partei sowie zwischen der Fraktion und den parteiinternen Fachausschüssen ungenügend sei. Es wird das Fehlen von institutionalisierten Fachgruppen in der Fraktion bemängelt. Im Zusammenhang mit den ungenügenden Voraussetzungen in der Partei, die Zielvorstellungen durch die Fraktion in die Parlamentsarbeit umzusetzen, wird auch die fehlende Planung bezüglich der Legislaturziele kritisch beurteilt. Die Autoren ziehen aufgrund ihrer Ergebnisse den Schluss, dass eine gesellschaftspolitische Neuorientierung der Partei in der politischen Praxis nur beschränkt wirksam werden könne. Sie vertreten die Auffassung, dass organisatorische Reformen deshalb nicht ohne Berücksichtigung ihres Zusammenhangs mit dem Selbstverständnis der Partei und deren gesamtgesellschaftlicher Funktion behandelt werden können, und dass somit eine Verbesserung parlamentarischer Arbeit nicht nur die Fraktionen, sondern die Parteien selbst zum Gegenstand machen müsse.

Trotz der juristischen Fragestellung soll hier auch die von *Peter Paul* verfasste Dissertation über die *staatsrechtliche Stellung* der *Parteien*[12] berücksichtigt werden, da sie einige von Geschichte und Politologie bisher wenig beachtete Aspekte beleuchtet. Ausgehend von der Repräsentationstheorie von Leibholz und seiner Theorie vom Parteienstaat überprüft der Autor die rechtlichen Grundlagen und die Effizienz der Parteitätigkeit in jenen Bereichen der Willensbildung, in denen die Parteien als Träger beteiligt sind. Dabei folgt er weitgehend normativen Methoden, fällt aber nicht in den Fehler vieler Staatsrechtler, normative Überlegungen zu Tatsachen zu erheben, ohne die entsprechenden Aussagen empirisch zu überprüfen. Am wertvollsten sind die Analysen, die das Grenzgebiet zwischen Verfassungsnorm und ungeschriebener Verfassung betreffen. Indem

11 André Daguet und Peter Vollmer, *Die Fraktion zwischen Partei und Parlament (Untersuchung der SP-Fraktion)*, Diplomarbeit, Bern 1973.

12 Peter Paul, *Zur staatsrechtlichen Stellung und Funktion der politischen Parteien in der Schweiz. Zs. für Volkswirtschaft und Statistik* Heft 3, 1974, S. 493 ff.

Paul den Fächer so weit öffnet, geht er über die forschungsmässig zu eng begrenzten Ansätze früher erschienenen juristischer Dissertationen über die Parteien hinaus (Brunner, Lachenal, Vasella). So kann er die Parteiaktivität etwa in folgenden Erscheinungen erfassen: Ratskommissionen, Wahlabkommen, Vernehmlassungsverfahren, Regierungsrichtlinien usw. Methodisch neu und fruchtbar ist dabei, dass der Autor die *Wirkung der rechtlichen Mittel* beurteilt, deren sich die Parteien im politischen Prozess bedienen.

## III. Theoretisch und historisch orientierte Gruppenforschung

Unter diesem Titel besprechen wir Studien über *allgemeines Gruppenverhalten,* in denen u. a. theoretische Fragestellungen auch für historische Themen Anwendung finden. So überprüft *Peter Stolz* in einer Arbeit über *Gruppeninteressen im alten Basel*[13] die Theorie des rationalen Verhaltens im Sinne der Nutzenmaximierung der Politischen Ökonomie[14] am besonderen Verhalten zweier sozialökonomischer Gruppen des Basler Kleinen Rates, der „Herren" und der „Handwerker", und zwar anhand sachlich umstrittener, für die interessenpolitische Gegensätzlichkeit bezeichnender Entscheidungen. Dabei ergibt sich, dass die Orientierung an der eigenen Interessenlage nicht nur durch gegenseitige interessenmässige Abhängigkeit, sondern auch durch Motive ethischer Art (soziale Gerechtigkeit, Gemeinwohlvorstellungen) konkurrenziert und damit der Handlungsspielraum der Nutzenmaximierung eingeschränkt wird. Offen bleibt, ob und wie einzelne durch Sachzwänge diktierte gurppeninterne Rivalitäten (Familienclans, Heiratspolitik usw.) erfasst und in den rationalen Kalkül eingebaut werden können.

Lässt sich diese Theorie nur in einem aristokratischen System mit „festen, über Jahrzehnte hinweg stabilen Grössen" des Gruppenkalküls verwenden oder auch auf die moderne Demokratie übertragen? Bestätigt *Frank Rühls* Anwendung des Hirschmann'schen Modells auf die schweizerische *Notenbankgesetzgebung,*[15] dass man dessen am Zweiparteiensystem entwickelte Theorie zweier grundsätzlich gegnerischer Kräfte auch für ein Vielparteiensystem wie das der Schweiz fruchtbar einsetzen kann? Der Rezensent Gruner bewundert Rühls Sorgfalt und

13 Peter Stolz, „Wirtschaftspolitik und Gruppeninteressen im alten Basel (1670–1798)", in: *Schweiz. Zs. für Volkswirtschaft und Statistik* 1974, Heft 3, S. 551 ff. Die Studie versteht sich als Vorarbeit einer umfassenderen Untersuchung über dasselbe Thema, die der Verfasser demnächst in Angriff nehmen wird.

14 Ders., „Zum Verhältnis von Demokratie und Rationalität in der Politischen Ökonomie, in: Schweiz. Jahrbuch für Politische Wissenschaft 13 (1973), S. 215–232.

15 Frank Rühl, „‚Politische Ökonomie' und schweizerische Notenbankgesetzgebung", in: *Schweiz. Zeitschrift für Volkswirschaft und Statistik* Heft 3, 1974, S. 493 ff.

zweifelt nicht daran, dass in jedem System ein Mechanismus vorhanden ist, der einen bestimmten Grad von Reformen zulässt oder verhindert. Aber er sieht als Historiker gleichzeitig auch die fast unüberlickbare Problemvielfalt mit allen sich durchkreuzenden und sich konkurrenzierenden Lösungen. Und so fragt er sich: Kann man diese Tatbestände auf eine so einfache Schlussformel bringen, dass die Demokratie nach Lösungen nahe beim status quo strebe, ohne dass man das *gesamte Paket* aller in einem bestimmten Zeitraum getroffener Problemlösungen vor Augen hat? Wäre nicht zu prüfen, inwiefern z. B. Lösungen in bestimmten Sachgebieten als Austausch- oder Handelsobjekte für „Nichtlösungen" in andern Gebieten dienen oder etwa zwei sich konkurrenzierende Problemlösungsvarianten sich gegenseitig blockieren?

Von einem anderen theoretischen Rahmen geht *Bobby M. Gierisch* in seiner Studie über die schweizerischen *Interessenverbände* [16] aus. Seiner empirischen Analyse der internen Strukturen bedeutender Wirtschaftsverbände sowie deren Beziehungen zur politischen Umwelt stellt er nämlich einen Rahmen für die strukturelle Analyse politischer Systeme sowie eine „interpretierende Beschreibung" des schweizerischen politischen Systems voran. Während die für die Belange der Empirie relevanten Aspekte des politischen Systems der Schweiz sorgfältig zusammengetragen und zweckgerichtet „interpretiert" sind, ist es dem Rezensenten anhand des vorläufigen Berichts an den Nationalfonds schwer gefallen, den theoretischen Rahmen in den Ergebnissen der Studien deutlich wiederzuerkennen. Damit soll die wertvolle Übersicht über das Verbandswesen keineswegs in ihrer Bedeutung herabgemindert werden. Anhand einer Analyse von Verbandsmaterialien und von Interviews mit Spitzenfunktionären der Verbände entsteht ein anschauliches Bild über die interne Entscheidungsstruktur und die Aufgabenverteilung in den Verbänden und über die Kanäle (Expertenkommissionen, Vernehmlassungsverfahren, Parlament, Parteien usw.), welche die Verbände benutzen, um politische Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Der Autor kommt zum Schluss, dass Verbände mit einer kleinen, beruflichen homogenen, statusmässig und geografisch konzentrierten Mitgliedschaft weniger ausgeprägt demokratische Entscheidungsmechanismen aufweisen als Verbände mit einer gegensätzlichen Strukturkonfiguration. Er hält auch fest, dass in erster Linie offizielle Normen, welche die Legitimität von politischen Aktoren bestimmen, und erst in zweiter Linie organisatorische Strukturen und Ressourcen die Auswahl der Einflusskanäle unserer Verbände beeinflussen.

Vom gleichen strukturellen Theorieansatz wie Gierisch geht auch *François Höpflinger* [17] aus. Er beschränkt seine empirische Analyse allerdings auf die *Gewerkschaften,* wobei für ihn Formen und Entwicklung der Konfliktregelung im *Lohnwesen* im Vordergrund stehen. Er geht explorativ vor und verwendet

16 Bobby M. Gierisch, *Interest Groups in Swiss Politics,* Bericht an den Nationalfonds, Zürich 1974.

17 François Höpflinger, *Gewerkschaften und Konfliktregelung in der Schweiz, Eine explorative Studie,* Mimeo, Zürich 1974.

sowohl sekundärstatistische Daten wie Dokumente und Materialien von Gewerkschaften. Von Interesse sind vor allem die historisch-strukturellen Gründe, die für die international gesehen geringste Streikhäufigkeit in der Schweiz verantwortlich gemacht werden. Der Autor zeigt, dass es wegen der technologischen Entwicklungen zu einer zunehmenden Fragmentierung der Berufsstrukturen gekommen sei, eine Entwicklung, die sich freilich nicht auf die Schweiz beschränkt. Als weitere Gründe für das tiefe Konfliktniveau werden die relativ früh einsetzende Industrialisierung, welche zusammen mit einer geringen Urbanisierung eine Überbelastung traditioneller sozialer Strukturen verhinderte, die Dezentralisierung der Industrie, die hohe kulturelle Segmentierung der Schweiz sowie die gute Konjunktur genannt. Die Fremdarbeiterimmigration habe überdies zu einer weiteren Fragmentierung der gewerkschaftlichen Basis geführt. Schliesslich sei die Lohnregelung in der Schweiz durch eine starke Institutionalisierung gekennzeichnet. Auch wenn mit diesen Erklärungen kaum neue Erkenntnisse gewonnen wurden, so sind doch Zusammenhänge in einem neuen Lichte dargestellt worden.

Zumindest äusserlich präsentiert sich die Arbeit von *Monique Weber-Jobé* unprätentiöser als die beiden vorangehenden. Ihre Studie will dem Leser die Pionierarbeit näherbringen, welche das in der deutschsprachigen Schweiz kaum verbreitete und deshalb auch wenig bekannte *„Mouvement Populaire des Familles"* (MPF) zugunsten der Mieter leistet. Die Autorin stellt zunächst die Situation des Mieters nach der Entschärfung der Mieterschutzbestimmungen dar und versucht dann, die spezifischen Wohnnöte und Bedürnisse sowie die vom MPF entwickelten Aktionen und Schritte aufzuzeigen. Damit wird die Vorgeschichte des Mieterkampfes in der Westschweiz erhellt und gezeigt, wie ein Thema des Alltags bewusst gemacht, politisiert und schliesslich ins politische System getragen wird. [18]

La thèse de *Jean-Noël Rey* analyse le rôle des organisations syndicales dans le processus de décision en Suisse [19]. Le point de départ de l'auteur est constitué par quatre hypothèses de travail formulées sous forme de questions. Tout d'abord Rey se demande quelle sorte d'organisation est le syndicat et comment s'y répartissent les rôles et les pouvoirs. Dans ce cadre, l'attention de l'auteur est retenue par les problèmes de la concentration du pouvoir, du contrôle des adhérents sur leur organisation, des rapports entre la base et les dirigeants. Ensuite Rey se pose la question de savoir quelles sont les fonctions du syndicalisme dans une société capitaliste développée et comment les remplit-il. Plutôt que de décrire les fonctions traditionnelles (négociations collectives, représentation des intérêts), Rey préfère déterminer s'il y a ou non élargissement

18 Monique Weber-Jobé, *Le mouvement populaire des familles et les locataires*, Lausanne, Institut de science politique, 1972 (Miméo).

19 Jean-Noël Rey, *Analyse du comportement des organisations syndicales dans le processus de décision en Suisse*, Thèse du Département de science politique, Université de Genève (en phase de rédaction).

de fonction et si tel est le cas en dégager l'impact sur leurs fonctions traditionnelles. Troisième question: en quoi le mouvement ouvrier organisé est-il un facteur social original et nouveau qui constitue pour la société dans son ensemble un facteur de changement? N'est-il pas seulement une réaction à une situation donnée ou plutôt une opposition de principe? A-t-il vraiment une influence sur les changements de structures du système capitaliste? Enfin, il s'agit de préciser quelle place occupent les organisations syndicales au sein des "grands" participants au processus de décision (Vorort, USAM, USS, USP) et de déterminer leur rôle dans le choix d'une politique (en matière de participation) qui engange l'avenir du pays et pourrait à la limite remettre en question les fondements de la société suisse.

Pour tenter de répondre à ces questions, Rey a décidé de saisir les habitudes, les attitudes et le comportement des syndicats à travers l'étude d'une action politique: L'initiative populaire déposée le 25 août 1971 par l'USS, la CSS et l'ASSE sur la participation des travailleurs et de leurs organisations aux décisions dans les entreprises et les administrations. En effet, selon Rey, pour saisir le mouvement ouvrier organisé, il faut le replacer dans son environnement politique et social. Pour ce faire il faut tenir compte des cinq catégories de variables suivantes: 1) la nature du groupe et ses buts; 2) la nature et la distribution des accès; 3) la nature des rapports avec les partis politiques; 4) la nature et la distribution des autres groupes; 5) la culture politique. Selon l'auteur, dans nos sociétés capitalistes les syndicats connaissent aujourd'hui une stagnation de leurs membres, une tendance à la rigidité bureaucratique en liaison avec une perte de puissance et de prestige. D'autre part, la loi octroie de plus en plus aux syndicats des devoirs en matière économique, sociale et culturelle, en même temps que l'Etat élargit sa fonction de direction et de "pilotage" de la société. En outre, la concentration industrielle et par conséquent la diminution du jeu du marché au profit d'oligopoles ou de monopoles, constitue l'autre phénomène qui complète le nouvel univers dans lequel doit s'exercer l'action syndicale. Selon Rey, cette situation a comme conséquence, au niveau du syndicat: 1) d'élargir le champ traditionnel de l'action syndicale; 2) de redéfinir les relations du syndicat avec l'Etat; 3) de reposer le problème des relations entre syndicats et patronat.

*Peter Gilg* behandelt die *politische Gruppenbildung und -aktivität der jungen Generation* in der Schweiz während der Gärungsperiode seit Ausgang der sechziger Jahre [20]. Er bietet damit eine politologisch orientierte Ergänzung zu den im Auftrag des Zürcher Stadtrats ausgearbeiten Untersuchungen über die Unrast der Jugend [21]. Sein Hauptinteresse gilt der Beschreibung und Systematisierung. Die

20 Peter Gilg, *Jugendliches Drängen in der schweizerischen Politik. Struktur, Ziele und Aktionsformen von politischen Gruppen der jungen Generation,* Bern 1974 (=Helvetia politica B. Vol. IX).

21 Bisher erschienen: Robert Blancpain/Erich Häuselmann, *Zur Unrast der Jugend. Eine soziologische Untersuchung über Einstellungen, politische Verhaltensweisen und ihre gesellschaftlichen Determinanten,* Frauenfeld/Stuttgart 1974 (=Soziologie in der Schweiz, Bd. 2).

Studie stützt sich einerseits auf eine schriftliche Befragung der Gruppen, die infolge unterschiedlicher Informationsbereitschaft Lücken offen liess, die nur teilweise durch Interviews geschlossen werden konnten, anderseits auf publiziertes Material. Sie erfasst eine Auswahl von Organisationen mit einem überwiegenden Anteil von Mitgliedern unter 35 Jahren; für die Abgrenzung der untersuchten Altersschicht wird auf Karl Mannheims Generationsbegriff Bezug genommen. Der Verfasser unterscheidet primär zwischen Jugendformationen von Parteien oder anderen politischen Organisationen einerseits und selbständigen Bildungen anderseits. Bei den parteinahen Gruppen hebt er das Spannungsverhältnis zwischen Nachwuchsrekrutierung und Tendenz zur Erneuerung der Mutterpartei hervor; bei den selbständigen Organisationen weist er auf Zusammenhänge zwischen der ideologisch-politischen Ausrichtung und den Organisations- und Aktivitätsformen hin. Als häufig wiederkehrende Innovationsziele nennt er insbesondere individuelle Emanzipation, Mitbestimmung, Gleichheit, Sprengung der nationalen Grenzen und Lebensqualität. Die Studie verwendet über das Deskriptive hinaus auch theoretische Ansätze. So bestätigt sie die These, dass die Jugendunruhe aus der spezifischen Situation der intellektuell gebildeten Minderheit der Jugend hervorgegangen ist. Die verhältnismässig breite Erfassung der Jugend des Nordjuras durch den Bélier – von den Sangliers ist erst am Rande die Rede – wird darauf zurückgeführt, dass in jener Gegend eine Deckung von Kontestationstendenz und Integration in die Gesamtgesellschaft möglich ist. Ganz allgemein werden die verschiedenartigen Ausdrucksformen der Gruppen mit Typen des Sozialisationsprozesses in Zusammenhang gebracht. Schliesslich betont Gilg die Bedeutung der historischen Situation für die Bildung bzw. Radikalisierung politischer Jugendgruppen; umgekehrt deutet er Auswirkungen des Phänomens auf die geschichtliche Entwicklung an, wobei er freilich die Begrenztheit dieser Wirkungen feststellt.

Als Vorstudie zur umfänglicheren Arbeit über die politisch organisierte schweizerische Jugend haben *Peter Gilg* und *Ruth Gullo* den *Gebrauch von Initiative und Referendum durch Organisationen der jungen Generation* untersucht[22]. Als Grundlage dienen die eidgenössischen und kantonalen Initiativ- und Referendumsbewegungen der Jahre 1965–1969, die von solchen Organisationen ausgelöst wurden. Es wird eine Steigerung der Aktivität im Jahre 1969 registriert und mit dem vorausgegangenen Einsetzen der Jugendgärung in Zusammenhang gebracht. Die Feststellung, dass die Erfolgsquote der Vorstösse von jugendlichen Akteuren dem allgemeinen Wirkungsgrad der ausserparlamentarischen Volksrechte entspreche, hat freilich eine zeitlich zu schmale Basis, um für die Periode seit 1968 gültig zu sein.

Während Gilgs Studie im wesentlichen nur Gruppen berücksichtigt, die sich an allgemeinen politischen Entscheidungsprozessen beteiligen, analysiert eine Seminararbeit von *Dieter Kuhn* die bei Gilg nur als Hintergrund erwähnte *Studenten-*

22 Peter Gilg/Ruth Gullo, „Les Groupements de jeunesse et la démocratie semi-directe, in: *Schweiz. Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 11 (1971), S. 81–98.

*bewegung,* wobei er sich auf die Universitäten von Bern und Zürich beschränkt [23]. Aufgrund eines umfangreichen Materials, zu welchem er als Student einen verhältnismässig leichten Zugang fand, verifiziert Kuhn an den deutsch-schweizerischen Verhältnissen ein Entwicklungsschema, das zur Deutung der deutschen Bewegung konzipiert worden ist [24]. Danach verläuft die politische Tätigkeit der Studenten auf drei Ebenen: Anfänglich dominierte eine allgemeine politische Aktivität, die sich vor allem in Demonstrationen mit welt- oder landespolitischer Thematik äusserte und auf einer heterogenen Organisation und Ideologie beruhte. Dann trat eine hochschulbezogene Praxis in den Vordergrund, in der sich die Organisation stark zersplitterte und namentlich die sozialistischen Gruppen eine antiautoritäre Universitätsreform als Modell für die Umgestaltung der Gesellschaft anstrebten. Mit einer Verlagerung des Schwergewichts auf konkret politische Organisation und Agitation wird schliesslich versucht, die Studentenbewegung als solche zu überwinden, wobei die langfristige Bewusstseinsbildung ausserhalb der Hochschule den Kampf um eine Universitätsreform zurückdrängt; gleichzeitig kommt es zur Zusammenfassung in gesamtschweizerischen Organisationen.

Über den schweizerischen Rahmen hinaus weist eine bereits 1969 aus der Schule von *Peter Heintz* in Zürich hervorgegangene soziologische Lizentiatsarbeit von *Volker Bornschier,* die den *Studentenprotest* makrosoziologisch analysiert [25]. Unter Anwendung der Heintzschen Theorie der strukturellen und anomischen Spannungen entwickelt der Verfasser ein kontextuales Erklärungsmodell auf dem Niveau der Gesamtgesellschaft. Es basiert auf einer Inhaltsanalyse von studentischen Konflikten in 64 Ländern, konstruiert aufgrund einer Faktorenanalyse einen Makroindikator für Studentenproteste und überprüft den Zusammenhang zwischen dem Makrokonfliktindex und Makroindikatoren für strukturelle und anomische Spannungen im Rahmen der Gesamtgesellschaften. Mit seinem Modell weist er eine von der kulturellen Differenzierung relativ unabhängige soziologische Erklärungsdimension für studentisches Protestverhalten auf.

23 Dieter Kuhn *Studenten in bezug auf politische Organisation. Zur Studentenbewegung in der deutschen Schweiz, 1966–73,* Seminararbeit der Universität Bern 1974.

24 Vgl. Jürgen Klüver/Friedrich O. Wolf, *Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis. Konsequenzen aus der Studentenbewegung,* Stuttgart 1972.

25 Volker Bornschier, *Studentenproteste. Eine makrosoziologische Analyse für 64 Nationen in der Zeit von 1962 bis 1968,* Lizentiatsarbeit der Universität Zürich 1969. Leicht überarbeitet und gekürzt erschienen unter dem Titel: „Student Protests. A Macrosociological Analysis of 64 Nations between 1962 and 1968", in: *Bulletin des Soziolog. Instituts der Universität Zürich,* Vol. 4, No 19, Sept. 1970, S. 1–97.